

FDP

Die Liberalen

B.3

■Metropole Ruhr

„Metropole Ruhr“

Der Bezirksparteitag hat beschlossen:

5

Das heutige Ruhrgebiet hat ungeachtet der aus der montanindustriellen Zeit noch verbliebenen wirtschaftsstrukturellen Probleme wieder echte Chancen, zum Motor der wirtschaftlichen Entwicklung in Nordrhein-Westfalen und Deutschland zu werden.

10

Die Region hat den Aufholprozess bereits eingeleitet. Zwölf der 50 umsatzstärksten Unternehmen Deutschlands haben ihre erste Adresse im Ruhrgebiet. Schon heute ist die Region von sehr viel mehr Gemeinsamkeit und Identität geprägt, als es die Vielzahl der Städte und Kreise sowie der trennenden Verwaltungsgrenzen zeigt.

15

Das Ruhrgebiet holt weiter auf. Der Wachstumsabstand gegenüber anderen Landesteilen hat sich bereits sukzessive verringert und der Innovationsbericht des Landes zeigt: Das Ruhrgebiet ist nicht länger die Problemregion oder der Wachstumshemmschuh des Landes. Der Rückzug des Steinkohlebergbaus hat in weiten Teilen der Region das Feld geräumt für moderne Dienstleistungen und für eine sich etablierende mittelständische Ruhrwirtschaft. Zudem haben viele traditionelle Industrieunternehmen neue Kompetenzen entwickelt und vermarktet, technologische Potentiale genutzt und international neue Märkte und Kunden erobert.

20

25

Das Ruhrgebiet ist wieder auf der Siegerstraße, bei der Ansiedlung neuer Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen oder beim Kulturhauptstadt Wettbewerb und mit Blick auf den bundesweiten Exzellenzwettbewerb um den Rang einer Eliteuniversität hat die Ruhruniversität Bochum zumindest einen beachtlichen Etappenerfolg erzielt.

30

Und dennoch: Der Strukturwandel der letzten vier Jahrzehnte – verstanden als Überwindung der Montanwirtschaft, flankiert durch eine Vielzahl staatlicher Programme und gedacht als Ausgleich der andauernden Strukturschwäche der Region ist noch nicht abgeschlossen. Ziel muss es sein, eine gesicherte Basis für eine sich selbst tragende Entwicklung hin zu einer wirtschaftlich kraftvollen und innovationsstarken Metropole Ruhr zu schaffen. Das Förderprinzip der regional ausgleichenden und allzu oft nach politischen Kriterien eingesetzten Gießkanne verhinderte die gezielte Förderung vorhandener Stärken. Vor allem das nördliche Ruhrgebiet muss den endgültigen Rückzug des Bergbaus noch bewältigen und hat daher eine besonders anstrengende Aufholjagd vor sich.

35

Die Erwerbslosenquote in der Emscher-Lippe-Region liegt mit durchschnittlich gut 15 Prozent (bei einem Höchstwert in Gelsenkirchen von über 17 Prozent) etwa doppelt so hoch wie im direkt angrenzenden Münsterland. Im Vergleich zum Landesdurchschnitt verzeichnet das gesamte Ruhrgebiet eine um drei Prozent höhere Erwerbslosenquote. Das Ruhrgebiet trägt die Hauptlast der Migrantenintegration in Nordrhein-Westfalen, wobei die Erwerbslosenquoten in dieser Gruppe regelmäßig über 30 Prozent liegen.

Bei den FuE-Ausgaben und der FuE-Personalintensität liegt das Ruhrgebiet um mehr als 60 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt, die Patentintensität liegt bei 40 Prozent des Bundesdurchschnitts bzw. bei 80 Prozent des Landesdurchschnitts. Der sich weiter zurückziehende Bergbau hinterlässt riesige Industriebrachen, deren Aufbereitung und Zuführung hin zu innovativen Nutzungen enorme Finanzanstrengungen notwendig machen wird. Rund 16 Milliarden kommunale Verschuldung im RVR-Gebiet dokumentieren eindrucksvoll den engen finanziellen Handlungsspielraum der Region.

Diese Fakten zeigen, dass die Probleme der Region eine Intensität besitzen, die ihnen eine andere Qualität verleihen als anderen punktuellen Strukturschwächen im Land. Die besondere Intensität dieser Probleme verlangt auch weiterhin nach besonderen Anstrengungen innerhalb der Region und seitens des Landes. Denn das Ziel der Landesregierung, Nordrhein-Westfalen bis 2015 zum Innovationsland Nr. 1 zu machen, ist nur mit einer wirtschaftlich starken und innovativen Metropole Ruhr zu erreichen.

Mit der Beendigung des subventionierten Steinkohlebergbaus in Nordrhein-Westfalen und dem Börsengang der RAG wird nun die Chance greifbar, das letzte Kapitel des Strukturwandels abzuschließen und die ganze Kraft auf die Gestaltung der Zukunftsfähigkeit der neuen Metropole Ruhr zu legen.

Die wettbewerbsorientierte Umgestaltung der Förderpolitik des Landes ist richtig und sollte in der neuen Metropole als Herausforderung und Chance verstanden werden. Fördermittel dürfen nicht weiterhin feste Plangrößen auf Empfängerseite sein, mit denen man sich „einrichtet“. Vielmehr müssen sie nach wettbewerblichen Kriterien vergeben und zeitlich befristet werden. Strukturhilfen dürfen nicht Trägheit bewirken, sondern sollen Anreize zu Kreativität und Lösungsorientierung vermitteln.

Die neue Metropole Ruhr stellt sich diesem Wettbewerb, erwartet jedoch im Gegenzug faire Bedingungen, die den noch vorhandenen Strukturproblemen angemessen Rechnung tragen.

- 5 Die Landesregierung hat für das ganze Land eine umfassende Modernisierungsstrategie in Angriff genommen: Von der Sanierung der Landesfinanzen, dem Bürokratieabbau und den Reformen im Schul- und Hochschulenwesen des Landes wird auch die Metropole Ruhr profitieren. Hinzu kommen weitere Reformvorhaben, die gerade für die Metropole Ruhr neue
10 Perspektiven eröffnen.

Die neue Einheit der Metropole Ruhr

- Wichtig ist, dass sich die Ruhrmetropole als eine Region versteht und verhält – also
15 mehr Eigenverantwortung und Selbstständigkeit nach außen und noch mehr Gemeinsamkeit und Kooperation nach innen praktiziert. Früher als andere Parteien hat die Ruhr FDP ein Modell einer handlungsfähigen Region entwickelt und dafür notwendige Initiativen im Landtag NRW in Gang gesetzt. Der FDP-Bezirksverband Ruhr begrüßt deshalb das Vorhaben der Landesregierung, eine eigenständige
20 Regionalverwaltung Ruhr zu schaffen, mit der die künstlich trennenden und wachstumshemmenden Verwaltungsgrenzen beseitigt werden.

Wissenschafts- und Forschungsmetropole Ruhr

- 25 - Der FDP-Bezirksverband begrüßt die Initiative der drei Universitäten Bochum, Essen-Duisburg und Dortmund, auf der Grundlage des neuen Hochschulfreiheitsgesetzes ihre Zusammenarbeit im Rahmen einer strategischen Allianz zu intensivieren. In der damit beabsichtigten Bündelung der Kompetenzen liegen große Chancen für die Wissenschaftsmetropole
30 Ruhr. Die Landesregierung sollte diese Aktivitäten nachhaltig unterstützen.
- Der FDP-Bezirksverband Ruhr begrüßt die Absicht der Landesregierung, mit dem Förderprogramm für Fachhochschulen, FH-EXTRA, (Exzellenzen transferorientierter Forschung und Entwicklung an Fachhochschulen)
35 insbesondere den Wissenstransfer in der Metropole Ruhr zu fördern. Durch eine Erweiterung des Programms um eine Förderlinie „Exzellenzen für die Metropole Ruhr“ könnten die spezifischen Bedürfnisse der Metropole Ruhr

noch besser berücksichtigt werden. Die FDP schlägt weiterhin die Einrichtung eines Exzellenzwettbewerbes für die Fachhochschulen auf Bundesebene vor.

- 5 - Der FDP-Bezirksverband Ruhr befürwortet, im Zuge der landesinternen Umsetzung des Hochschulpaktes 2020 den notwendigen Aufwuchs an Studienanfängerplätzen gezielt an den Fachhochschulen in den vom Rückzug des Steinkohlenbergbaus betroffenen Regionen zu realisieren.
- 10 - Zur Steigerung der Attraktivität und Leistungsfähigkeit der Wissenschafts- und Forschungsmetropole Ruhr ist es notwendig, dass das Land seine Anstrengungen zur Modernisierung der Hochschulbauten gegenüber der bisherigen Planung deutlich erhöht, u.a. an den Standorten Bochum, Dortmund, Duisburg-Essen und Gelsenkirchen.
- 15 - Noch immer ist die Verzahnung der Förderpolitik von Bund und Land unzureichend. Hier brauchen wir eine bessere Kooperation und eine Abstimmung auf gemeinsame Prioritäten, damit Forschungs- und Technologieförderung sich gegenseitig verstärkt und nicht gegenseitig aufhebt.
- 20 - Die Innovationsallianz der nordrhein-westfälischen Hochschulen zur Intensivierung des Wissens- und Technologietransfers bietet für die technologieorientierten Unternehmen der Ruhr-Metropole ein herausragendes Entwicklungspotential. Das Land sollte sich für den Ausbau dieser Aktivitäten
- 25 in der Metropole Ruhr einsetzen.
- 30 - Besonders wichtig ist die Ansiedlung neuer Forschungseinrichtungen. Das neue Institut für Werkstoffforschung an der Universität Bochum, die neue lebenswissenschaftliche Innovationsplattform an der Universität Dortmund und das neue Science-to-Business Center der Degussa AG in Marl sind hier erste wichtige Erfolge. Ziel neuer Ansiedlungen muss es sein, durch gezielte Kooperationen mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen eine
- 35 erfolgreiche Teilhabe der neuen Metropole Ruhr an nationalen und internationalen Forschungsprogrammen (High-Tech-Strategie des Bundes, 7. EU-Forschungsrahmenprogramm) sicherzustellen.
- Das Ruhrgebiet leidet nach wie vor unter einem Mangel an wachstumsstarken kleinen und mittelständischen Unternehmen und vor allem unter einer

fehlenden Gründermentalität. Es gilt daher die bestehende Unterstützungsstruktur für Gründer und kleine Unternehmen weiter auszubauen und treffsicherer zu gestalten, die Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Technologiezentren und die relevanten Cluster- und Brancheninitiativen stärker in das Gründungsgeschehen einzubeziehen und Beiträge zur Sicherung der Finanzierung von innovativen Unternehmensgründungen – von der Gründungsphase bis in die Wachstumsphase – zu leisten. Die Unternehmen im Ruhrgebiet sollten aus Eigeninteresse an neuen Produkten und Dienstleistungen eine stärkere Teilnahme am High-Tech-Gründerfonds erwägen.

- Das Ruhrgebiet bietet bereits heute eine gute Grundlage für eine neue Technologieoffensive auf den Gebieten Energie, Biotechnologie, Neue Werkstoffe, Maschinen- und Anlagenbau und im Bereich Medizinforschung und Medizintechnik. Beispielsweise sollte das Ruhrgebiet bei Energietechnologien seine Kernkompetenzen einbringen. Wir wollen das Ruhrgebiet zur „RuhrPower-Region für innovative Energien“ machen. Dazu gehört der Ausbau der Brennstoffzellen- und Wasserstofftechnologie. Dazu gehört die Verbesserung der Energieeffizienz und der Kraftwerksertüchtigung. Und dazu gehören die Erneuerbaren Energien, wobei ein Schwerpunkt auf die Energiespeicherforschung gelegt werden sollte. Die „RuhrPower-Region für innovative Energien“ soll im Rahmen einer Bund-Länder-Initiative gemeinsam mit der Wirtschaft entwickelt werden. Der Bund stellt ab 2007 höhere Mittel für die Fusionsforschung bereit. Neben dem Forschungszentrum Jülich sollten auch Forschungseinrichtungen der Metropole Ruhr in Kooperation mit Jülich diesen wichtigen Forschungszweig ausbauen. Nordrhein-Westfalen könnte so die Leitregion in der deutschen Fusionsforschung werden.

Schule, Beruf und Bildung

Wissen ist der Schlüsselrohstoff der Zukunft und entscheidend für eine innovative Region. Die Landesregierung hat vor allem mit dem neuen Schulgesetz an den Schulen wesentliche Modernisierungen in Gang gesetzt und sollte weiterhin

- das Ganztagsangebot an Grund- und Hauptschulen gerade in der Metropole Ruhr in seiner pädagogischen Qualität verbessern und ausweiten,

- die Möglichkeiten für Lehrer, nachmittags in den Schulen Unterricht vorbereitend zu arbeiten verbessern,
- die verbesserte Sprachförderung, vor allem von Kindern mit Zuwanderungsgeschichte bereits in den Kindertageseinrichtungen weiter ausbauen,
- die Einstellung neuer Lehrerinnen und Lehrer an Grund- und Hauptschulen nach dem neuen Sozialindex ausbauen.

10

Verkehrsmetropole Ruhr

Der FDP-Bezirksverband appelliert an Land und Bund, die Leistungsfähigkeit der Verkehrsinfrastruktur in der Metropole Ruhr weiter zu verbessern. Anstrengungen mit diesem Ziel dürfen nicht durch die Einrichtung ruhrweiter Umweltzonen mit restriktiven Fahrverboten unterlaufen werden. Die neue Metropole Ruhr braucht ein leistungsfähiges Verkehrsnetz, das dem Verkehrsaufkommen eines Ballungsraumes gewachsen ist. Hierzu zählt vor allem:

20

- der Abschluss des durchgängig sechsspurigen Ausbaus des sogenannten „Ruhrgebiedsdreieck“ bestehend aus A 1, A 2 und A 3,

- die Erweiterung der A 40 als eine Hauptader in Ost-West-Richtung, der A52/A535 in Nord-Süd-Richtung und der Ausbau der A 43,

25

- der Rhein-Ruhr-Express, den die Landesregierung gemeinsam mit dem Bund und der Deutschen Bahn AG mit einem hochwertigen Leistungsangebot in dichtem Takt und geringer Reisezeit für den Korridor Dortmund – Köln mit Anbindung in die Nachbarregionen entwickelt,

30

- gemeinsame Anstrengung von Bund und Land zum Ausbau der Bahnstrecke Dortmund – Hamm, um Verspätungen und Engpässe im Bahnverkehr des Ruhrgebiets zu verringern,

35

- Beschleunigung der Modernisierung der Bahnhöfe, sowohl bei den Hauptbahnhöfen als auch bei maroden Nahverkehrshaltepunkten,

- eine leistungsfähige und damit zukunftsweisende Lösung für den Anschluss der Seehäfen Antwerpen und Rotterdam an die Metropole Ruhr,
- eine über Straße und Schiene gute Anbindung an die internationalen und regionalen Flughäfen und der Erhalt der dezentralen Flughäfen im Rahmen der Luftverkehrskonzeption 2010.

Neue Städtemetropole Ruhr

Die städtebauliche Erneuerung in der Metropole Ruhr muss vorangetrieben werden.

- Notwendig sind neue Akzente in Stadtteilen mit besonderen sozialen Problemen, z.B. im Rahmen des Stadtumbaus West oder der Initiative Soziale Stadt.
- Das zentrale Projekt der städtebaulichen Erneuerung der Metropole Ruhr ist das Generationenprojekt „Neues Emschertal“. Die Region hat hier die einmalige Chance, für die Menschen im Herzen der Metropole Ruhr einen ganzen Lebensraum zurückzugewinnen. 4,4 Milliarden Euro in 30 Jahren machen aus dem „Abwassersammler“ Emscher wieder einen blauen Fluss.
- Die mit dem Rückzug des Bergbaus entstehenden Industriebrachen müssen einer zukunftsweisenden Nutzung zugeführt werden. Diese Aufgabe muss von allen Beteiligten besser und schneller als bisher bewältigt werden.

Der finanzielle Handlungsrahmen

Grundlage und zwingende Voraussetzung für die Erneuerung des heutigen Ruhrgebietes hin zur Metropole Ruhr ist ein auskömmlicher Finanzrahmen für alle Akteure.

- Der FDP-Bezirksverband Ruhr begrüßt die Absicht der Landesregierung, die Metropole Ruhr intensiv in die Ausgestaltung und Umsetzung des neuen und wettbewerblich ausgerichteten Ziel-2-Programms einzubeziehen. Dieses Programm, dessen Mittel nach dem Willen der Landesregierung zur Hälfte in der Metropole Ruhr zum Einsatz kommen sollen, stellt die wichtigste Finanzierungsquelle für die Erneuerung des heutigen Ruhrgebiets dar.

- 5 - Der FDP-Bezirksverband Ruhr plädiert für die zügige Einrichtung des Landesinnovationsfonds, der sich überwiegend aus Privatisierungserlösen speisen wird. Die inhaltliche Zielrichtung des Landesinnovationsfonds muss auf den Strukturwandel ausgerichtet sein.

- 10 - Mit dem endgültigen Ausstieg aus dem subventionierten Steinkohlebergbau wird der Landeshaushalt ab 2015 spürbar entlastet. Dadurch entstehen für die Landesregierung neue und bereits heute absehbare finanzielle Spielräume, die ebenfalls zur Entwicklung der Metropole Ruhr einzusetzen sind. Der FDP-Bezirksverband Ruhr spricht sich dafür aus, den Einsatz der auf diesem Wege frei werdenden Mittel zeitlich so anzuordnen, dass die damit finanzierten Projekte und Initiativen bis zum Zeitpunkt des Auslaufens der Bergbausubventionen bereits ihre positiven Auswirkungen auf Innovation, 15 Wachstum und Beschäftigung in der Metropole Ruhr voll entfalten können.

- 20 - Der FDP-Bezirksverband Ruhr fordert die Landesregierung auf, den unter Nothaushaltsrecht stehenden Kommunen, in jedem Fall aber den unmittelbar von den Zechenschließungen betroffenen Kommunen, eine Möglichkeit zur Aufbringung notwendiger Ko-Finanzierungsmittel zu eröffnen, wenn sie über förderwürdige Projekte verfügen, die sich im Wettbewerb durchgesetzt haben. Das darf aber nicht dazu führen, dass Kommunen ihre Sparanstrengungen vernachlässigen.

- 25 - Der FDP-Bezirksparteitag spricht sich für eine umfassende Reform des Solidarpaktes II und des Fonds Deutsche Einheit aus. Der Mitteleinsatz ist zukünftig inhaltlich neu auszurichten und in eine solidarische Infrastrukturhilfe für alle strukturschwachen Regionen in Deutschland umzuwandeln. Auch wenn das Ziel der Angleichung von Lebensverhältnissen in Ost- und 30 Westdeutschland weiter verfolgt werden soll, muss so schnell wie möglich die Bedürftigkeit der Kommunen der ausschlaggebende Faktor für die Mittelverteilung sein. Demnach darf nicht mehr die Himmelsrichtung ausschlaggebend sein, ob eine Kommune Zuwendungen erhält, sondern die Betrachtung wirtschaftlicher und sozialer Kennziffern.